

Artikel vom 05.09.2021

Serie: "Das CSU-Wahlprogramm" (Teil 3)

Ziele für ein starkes Bayern: 1. Vorfahrt für Familien



1. Vorfahrt für Familien: Wir fördern Familien von klein auf.

Familien zu fördern und Kindern beste Bildung zu vermitteln, ist Markenkern unserer Politik. Es ist unser Anspruch, Familien Zeit zu geben. Wir bekennen uns zur Wahlfreiheit für Eltern – sie wissen am besten, was gut für ihre Kinder ist. Wir schaffen beste Infrastruktur für Eltern und Kinder gleichermaßen. Wir entlasten und geben Flexibilität.

- ***Wir wollen das Elterngeld ausbauen.***

Das Elterngeld ist ein Erfolgsmodell. Deshalb werden wir das Elterngeld auf bis zu 16 Monate verlängern. Wenn sowohl Mutter als auch Vater Elternzeit nehmen, soll der Anspruch auf das Elterngeld um weitere zwei Monate (12+4) steigen. Dabei bleibt es weiterhin bei der Begrenzung auf 12 Monate pro Elternteil.

- ***Wir setzen auf eine Kita-Ausbauoffensive.***

Wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht, wollen aber noch mehr. Auf Bundesebene fordern wir ein Investitionsprogramm über vier Milliarden Euro, um Kita-Angebote weiter auszubauen. Für Bayern bedeutet das 45.000 neue Kitaplätze. Wir wollen flexiblere Öffnungszeiten, ein flächendeckendes Angebot, Wertschätzung für die Erzieherinnen und Erzieher und mehr Betriebs-Kitas. Die Bundesbeteiligung an den Kosten für die Kinderbetreuung in Höhe von zwei

Milliarden Euro wollen wir über 2022 hinweg dauerhaft fortsetzen.

- ***Wir wollen Kinderbetreuungskosten vollständig absetzbar machen.***

Kinderbetreuungskosten sind aktuell zu zwei Dritteln bis zu maximal 4.000 Euro je Kind steuerlich abzugsfähig. Wir setzen uns dafür ein, sie vollständig abzugsfähig zu machen bis zu einer Höhe von 6.000 Euro. So entlasten wir Eltern und geben ihnen mehr finanzielle Spielräume.

- ***Wir geben dem DigitalPakt Schule neuen Schwung.***

Corona hat Dynamik in die Digitalisierung unserer Schulen gebracht. Diesen Antrieb wollen wir mitnehmen. Wir dürfen nicht an Geschwindigkeit verlieren, sondern müssen im Gegenteil zulegen. Dafür wollen wir den DigitalPakt Schule so schnell als möglich flexibler gestalten. Insbesondere die Anforderungen der Antragstellung durch Schulen müssen wir pragmatischer und praxistauglicher handhaben, ohne pädagogische Qualitätsstandards aufzugeben. Die Mittel müssen schneller fließen. In einem zweiten Schritt werden wir eine Verlängerung des Digitalpakts über das Jahr 2024 hinaus prüfen.